

ESCALATING IDENTITY

Die Politik der Sicherheit, staatliche Aneignung
& Aktivismus gegen Unterdrückung

übersetzt aus dem Englischen, Berlin, 2014
Originaltitel: *Who is Oakland? Anti-Oppression Activism, the Politics of Safety, and State Co-optation*
zu finden unter escalatingidentity.wordpress.com

Inhalt

Vorwort des Übersetzers

> „Es ist glasklar, dass weiße Vorherrschaft existiert. Sie tropft aus jeder Pore unserer Gesellschaft. Sie infiziert jede soziale Beziehung. Sie beeinflusst offensichtlich Occupy Wall Street."

Dies sind die einleitenden Worte, mit denen ein anderer Autor namens Will seinen Text „Privilege Politics is Reformism" einleitet. Nicht anders ließe es sich hier darstellen und anstelle der Proteste rund um Occupy Wall Street könnten zahlreiche aktuelle Kämpfe in Deutschland beispielhaft genannt werden: Der Refugee-Strike, die Besetzung des Oranienplatzes und der Schule in der Ohlauer Straße in Berlin, die Dynamiken in Hamburg und die Beteiligung bzw. (vermeintliche) Unterstützung durch Weiße. All diese Bewegungen finden in einem Land statt, dass durch und durch rassistisch ist: die maßgeblich von Deutschland geführte Abschottungspolitik Europas, der sog. NSU und die staatliche Verwicklung in diesen, das erneute Aufkochen einer rassistischen Pogromstimmung wie es sie zuletzt im nationalen Taumel der Wiedervereinigung gab, die breite Zustimmung bzw. Anerkennung rassistischer Demagogen – dies alles sind die Gipfel einer Gesellschaft, die einen rassistischen Alltag lebt und auf rassistischen Strukturen gebaut ist.

Zu glauben, soziale Bewegungen könnten sich dieser Macht einfach entziehen und gegenüberstellen, ist naiv und gefährlich. Und dennoch sollte dies unser aller Ziel sein. Woran es mangelt, ist ein adäquater, radikaler Umgang mit diesen Widersprüchen.

Der vorliegende Text wurde von einigen Beteiligten der Oakland Commune geschrieben und geht um genau dieses Problem. Zugegeben, die USA ist von Deutschland sehr verschieden. Dennoch denke ich, dass dieser Text einen sehr wichtigen Teil beitragen kann zu den aktuellen Debatten und Bewegungen. Auch wenn ich nicht mit allem übereinstimme oder einiges anders geschrieben hätte, halte ich viele Punkte für extrem wichtig: die Kritik an einer Politik der Identität sowie die Kritik an einem Appell an die individuelle Haltung und eines vermeintlich antirassistischem Reformismus vor dem Hintergrund einer materiell manifestierten weißen Vorherrschaft.

Vieles in dieser Diskussion muss noch gesagt werden. Dabei kann es helfen, jenen zuzuhören, die bereits an anderer Stelle ähnliche Konflikte führten. Ich hoffe, dass diese Übersetzung dazu beitragen kann.

Noch eine Anmerkung zur Sprache: Alle Fußnoten stammen von mir und sind im Original nicht vorhanden. Lediglich die Quellenverweise sind auch in der englischen Fassung vorhanden.

Außerdem sollte klar sein, dass die Diskurse um Rassismus etc. in den USA sowohl historisch als auch sprachlich von denen in Deutschland sehr verschieden sind. Eine direkte Übersetzung fiel oftmals schwer und so manches Wort wird wohl bei Einigen aufstoßen.

Zusammenfassung

Dieses Pamphlet wurde gemeinschaftlich von einer Gruppe von People of Color, Frauen und Queers geschrieben – und wird allen in tiefer Solidarität angeboten, welche Unterdrückung und Ausbeutung auf Basis der Identität materiell beenden wollen. Mit „materiell" meinen wir einfach, dass wir nicht daran glauben, dass gesteigertes Bewusstsein oder vage Veränderungen in persönlichen Attitüden Herrschaftssysteme durchbrechen, delegitimieren und letztendlich zerstören können.

Der Fakt, dass wir, bevor wir anfangen zu argumentieren, unsere Identitäten auflisten müssen, ist ein Anzeichen dafür, wie mächtig, verbreitet und in hohem Maß unhinterfragt die Prämisse ist, die Argumente immer wieder auf Identitätspositionen reduziert. Während die Anti-Unterdrückungs-Politiken des 21. Jahrhunderts in den USA ein sich eigens zu diesem Zweck entwickelndes Flickwerk der Theorien und Praktiken sind, argumentieren wir für die Notwendigkeit von identitätsbasierter Organisierung. Wir kritisieren, wie vorherrschende Formen von Anti-Unterdrückungsaktivismus handlungsunfähig gemacht wurden - durch eine unhinterfragte Rhetorik des Überprüfens individueller „Privilegien", durch eine therapeutische Idealisierung von „Kultur" und kommunaler Herkünfte und schließlich durch die Unterstellung, dass Identitätskategorien homogene „communities" mit geteilten politischen Vorstellungen beschreiben. Wir argumentieren, dass diese Praktiken unhinterfragt zu lassen, die Ernsthaftigkeit und den strukturellen Charakter von identitätsbasierter Unterdrückung in den US minimiert und verdreht.

Beispielsweise im Hinblick auf den dominanten Diskurs über „weiße Privilegien" ist weiße Herrschaft vorwiegend eine psychologische Attitüde, welche Individuen einfach aufgeben könnten, anstatt eine verwurzelte materielle Infrastruktur, welche Rasse an Schlüsselpositionen durch die Gesellschaft hindurch reproduziert – von rassistisch segmentierten Arbeitsmärkten bis zur Militarisierung der Grenzen. Weißsein wird lediglich eine weitere „Kultur" und weiße Herrschaft eine psychologische Haltung anstatt einer strukturellen Position der Dominanz – bestärkt durch Institutionen, ziviler und Polizeigewalt, dem Zugang zu Ressourcen, sowie

der Wirtschaft. Gleichzeitig ist die Kritik an „weißen Privilegien“ zu einer Art Deckmantel geworden: konfrontativer, störender Protest jeglicher Art wird reflexiv verurteilt, während der Fokus auf das Reformieren des Verhaltens und der Überzeugungen von Individuen zurückgeschoben wird. Wir behaupten, dass die Privilegienpolitiken schlussendlich in einer idealistischen Theorie der Macht wurzeln, welche die psychologische Attitüde von Individuen als den Ursprungskern der Unterdrückung und Ausbeutung darstellt und bekräftigt, dass schwammige Programme der Bewusstwerdung irgendwie Herrschaftsstrukturen transformieren würden.

Diese Politik unterstellt, dass demographische Kategorien widerspruchsfreie und homogene „communities“ oder „Kulturen“ sind. In Oakland haben Polizei, Politiker_innen, innerstädtische Businessunternehmer_innen und sogar viele „progressive“ Aktivist_innen Versionen von „community“ mit radikal konservativem politischem Inhalt angepriesen. Kommunale Identität ist nicht automatisch ein Ausgangsort politischen Widerstands. Die gewalttätige Herrschaft und Unterordnung, welcher wir uns auf Grundlage unserer Rasse, Sexualität und unseres Geschlechts ausgesetzt sehen, kreieren nicht automatisch eine geteilte politische Vision, auch wenn vielleicht eine geteilte Wahrnehmung von Unterdrückung. Identitätskategorien kennzeichnen nicht politische Gemeinsamkeit oder Übereinstimmung. Doch die ungleiche Auswirkung von identitätsbasierter Unterdrückung durch die Gesellschaft hindurch kreiert die Bedingungen für das verbreitete Aufkommen autonomer Gruppen, die sich auf Grundlage gemeinsamer Erfahrungen und eines gemeinsamen Verständnisses dieser Erfahrungen gründen. Es gibt einen Unterschied zwischen einer Politik, welche ein idealisiertes und homogenisiertes kulturelles Erbe in das Zentrum ihrer Analyse und Herrschaft stellt und den autonomen Organisieren gegen Formen der Herrschaft, welche sich unterschiedlich auf Mitglieder marginalisierter Gruppen auswirkt.

Anti-Diskriminierung, Bürgerrechte und Dekolonisierungskämpfe zeigen deutlich, dass wenn Widerstand auch nur geringfügig effektiv ist, die Kämpfenden in Gefahr sind. Die Wahl liegt nicht zwischen Gefahr und Sicherheit, sondern zwischen den ungewissen Gefahren der Revolte und der Gewissheit des Fortsetzens der Gewalt, der Beraubung und des Todes.



Die andere Bürgerrechtsbewegung.

I.
Die nicht verhandelbare Notwendigkeit autonomen Organisierens

Als eine Gruppe von People of Color, Frauen, Queers und Armen, die zusammengekommen sind, um eine komplexe Matrix der Unterdrückung und Ausbeutung anzugreifen, glauben wir an die absolute Notwendigkeit des autonomen Organisierens. Mit „autonom“ meinen wir die Formierung von unabhängigen Gruppen von Menschen, die spezifischen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung entgegensehen – einschließlich, aber nicht begrenzt auf People of Color, Frauen, Queers, Trans*Menschen, geschlechtsunpassende Menschen, QPOC. Wir glauben auch an den politischen Wert des Organisierens in Wegen, welche versuchen, rassische, geschlechtsbezogene und sexuelle Grenzen zu durchschreiten. Wir sind weder Sprecher_innen für Occupy Oakland, noch denken wir, dass eine einzelne Gruppe die Vielfalt der Herausforderungen ansprechen kann, denen all die unterschiedlichen Kreise begegnen.

Wir hoffen auf das sich ausbreitende Aufkommen weitläufigen autonomen Organisierens. Wir denken, dass eine Zukunft jenseits des 500 Jahre andauernden Auftreten des Kapitals durch das Verschlucken gemeinschaftlicher Länder, durch die Versklavung, Kolonisierung und den Genozid an nicht-europäischen Bevölkerungen – und eine Zukunft jenseits der 7000 oder mehr Jahre des gewaltvollen patriarchalen Strukturierens der Gesellschaft entlang hierarchisierender und zunehmend binärer Geschlechtergrenzen – Revolutionen innerhalb von Revolutionen erfordern wird. Das umweltzerstörende1 Verhängnis des Kapitalismus und seine unnachgiebige globale Produktion von Armut, Elend, Missbrauch und austauschbarer, verwertbarer und versklavter Bevölkerungen, wird katastrophale soziale Veränderungen innerhalb eines Großteils unserer Lebenszeiten erzwingen – ob die Öffentlichkeit dies aktiv anstrebt oder nicht.

Keine demographische Kategorie von Menschen könnte denkbar ein identisches Set an politischen Überzeugungen, kulturellen

Identitäten, oder persönlichen Werten teilen. Darstellungen von rassischer, geschlechtsbezogener und sexueller Unterdrückung als „intersektionell“ behandeln Identitätskategorien weiterhin als kohärente Gemeinschaften mit geteilten Werten und Erklärungsmustern. Kein Individuum und keine Organisation kann für People of Color, Frauen, die kolonisierten Bevölkerungen dieser Welt, Arbeiter_innen oder irgendeine demographische Kategorie als Ganzes sprechen – obwohl Activists of Color, Frauen- und Queer-Aktivist_innen, sowie Gewerkschaftsaktivist_innen des Globalen Nordens dieses Recht immer wieder für sich zu beanspruchen versuchen. Diese „Repräsentant_innen“ und Institutionen sprechen in fremdem Namen für soziale Kategorien, welche, in der Tat, keine Gemeinschaften mit gemeinsamer Meinung sind. Diese Repräsentationspolitik tendiert dazu, jeglichen Raum für politische Meinungsverschiedenheiten zwischen Individuen auszulöschen indem sie sie unter den gleichen Identitätskategorien subsumiert.

Wir sind daran interessiert, der Frage nach dem Verhältnis zwischen identitätsbasierter Unterdrückung und Kapitalismus nachzugehen und sind uns darüber bewusst, dass die wenigen existierenden Bemühungen, diese beiden enorm unterschiedlichen politische Diskurse zusammenzubringen uns mit weitaus mehr Fragen als Antworten zurücklassen wird. Jüngere Versuche, Worte zu fassen für diese Trennung zwischen Anti-Diskriminierungs- und antikapitalistischer Politik, bspw. im insurrektionellen Anarchismus, verlassen sich typischerweise auf vereinfachte Formen der Kritik an Rasse und Geschlecht, welche ebenso typisch bei der Polizei anfangen und aufhören. In Anlehnung an diese politische Strömung, ist die Straße ein Ort, an dem tief verwurzelte soziale Differenzen vorübergehend überwunden werden können. Wir denken, diese Analyse unterschätzt zutiefst die qualitativen Differenzen zwischen spezifischen Formen und Orten von Unterdrückung, sowie die Vielfalt an benötigten Taktiken, um diese verschiedenen Situationen zu adressieren.

Letztlich lehnen wir eine ordinäre Politik nach „Klasse zuerst“ vollkommen ab, welche argumentiert, dass Rassismus, Sexismus, Homophobie und Transphobie lediglich „sekundär zu“ oder „abgeleitet von“ ökonomischer Ausbeutung seien. Die Verbreitung von Rassismus in den USA ist keine clevere Verschwörung, ausgeheckt von einer Handvoll der herrschenden Eliten, sondern ist von Anfang an ein

permanenter rassischer Vertrag zwischen zwei ungleichen Parteien. Die USA ist eine Nation unter weißer Vorherrschaft, unauslöschlich gezeichnet durch die rechtliche Konstruktion der „weißen Rasse“ in den 1600ern durch die Formierung einer Allianz durch die Klassen hindurch, zwischen einer wohlhabenden Klasse der Plantagenbesitzer_innen und ärmlichen verpflichteten weißen Diener_innen. W.E.B. Du Bois nannte die rechtlichen Privilegien der armen Weißen einen „psychologischen Lohn“: „Es muss bedacht werden, dass die weiße Gruppe der Arbeiter_innen, während sie ein geringes Einkommen erhielten, teilweise mit einer Art von öffentlichem und psychologischem Lohn kompensiert wurden. Ihnen wurden öffentliche Achtung und Ehrentitel aufgrund ihres Weißseins zuteil. Ihnen wurde gemeinsam mit allen Klassen der Weißen der freie Zugang zu öffentlichen Funktionen, öffentlichen Parks und den besten Schulen gewährt. Die Polizei wurde von ihren Stellungen abgezogen und die Gerichte, abhängig von ihren Wahlstimmen, behandelten sie mit solcher Umsicht, als ob sie Gesetzlosigkeit bestärken wollten. Ihre Stimme wählte öffentliche Beamte und während dies wenig Einfluss auf die ökonomische Situation hatte, so hatte sie jedoch großen Einfluss auf die Behandlung ihrer Person und die ihnen entgegengebrachte Anerkennung.“2

Wir leben im Schatten dieser Wahl und dieser Geschichte. Eine Geschichte, fern davon, vorbei zu sein.

II.
Institutionelle Kämpfe über die Bedeutung von Anti-Unterdrückungs-Politiken

a. Über den gemeinnützigen industriellen Komplex

Gemeinnützige Vereine und NGO‘s existieren, um die Gesellschaft wie wir sie kennen aufrechtzuerhalten. Sie stellen oft unerlässliche soziale Dienste bereit – innerhalb der Räume, die nach dem Abzug des Staates von Sozialhilfemaßnahmen der Nachkriegsära übrig blieben, Dienste, welche Frauen, Queers und Trans*Menschen, besonders jene, welche arm und „of color“ sind, am Leben erhalten. Sozialhilfemaßnahmen nach dem 2. WK wurden in erster Linie weißen Familien angeboten – durch Ausgrenzung oder bspw. den rassisch-exklusiven G. I. Bill of Rights der Nachkriegszeit. Im Besonderen existieren Non-Profit-Organisationen für soziale Gerechtigkeit um Ärger zu integrieren und zu unterdrücken, rassischen Konflikten zuvorzukommen und einen rassistischen, patriarchalen Staat zu validieren. Diese Organisationen werden oft durch Geschäftsmonopole finanziert, welche die Privatisierung öffentlicher sozialer Dienste bewerben und von ihr profitieren. Dies wurde bereits umfangreich von jenen dargelegt, welche die Grenzen der gemeinnützigen Arbeit aus erster Hand erfahren haben, unlängst von INCITE! Women of Color Against Violence.

In der Tat, der exponentielle Anstieg von NGOs und gemeinnützigen Vereinen könnte verstanden werden als das öffentliche Gesicht der Aufstandsbekämpfung im 21. Jahrhundert, abgesehen davon, dass diesmal die Sprache der Bürger-, Frauen- und Homosexuellenrechte gesprochen wird, aufgeladen mit der Vorausnahme politischen Konflikts und geistig dazu verpflichtet, den einseitigen „Dialog“ mit dem bewaffneten staatlichen Beamtenapparat anzupreisen. Innerhalb der letzten vier Jahrzehnte hat sich eine massive Infrastruktur aus NGOs und gemeinnützigen Vereine entwickelt, um - ob durch Gewalt oder Beeinflussung – einem weiteren Ausbruch urbaner Unruhen und Rebellionen, welche sich über die nördlichen Ghettos von der Mitte bis Ende der 1960er Jahre ausbreiteten, vorzubeugen. Sowohl liberale als auch konservative Think Tanks und Dienstleistungsanbieter sind

in erster Linie als Antwort auf vorherige Generationen radikaler Schwarzer, amerikanischer Ureinwohner_innen, asiatische Amerikaner_innen, Chicana und den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt entstanden. Im 21. Jahrhundert ist der Aktivismus für soziale Gerechtigkeit ein professioneller Karrieregang geworden. Vereine und NGOs für racial justice sowie eine komplett institutionell finanzierte aktivistische Infrastruktur arbeiten zusammen mit dem Staat, an der Wiederholung der Rhetorik vergangener Befreiungsbewegungen, während sie implizit oder explizit deren militante Taktiken verurteilen.

Es ist eine gewaltige materielle Infrastruktur, welche diese Ideen fördert und deren erhebliche Ausbreitung und Annahme ermöglicht. Weitgehend gefördert durch philanthropische Organisationen wie die Ford Stiftung (13,7 Milliarden $), die Rockefeller Stiftung (3,1 Milliarden $) oder die Bill & Melinda Gates Stiftung (37,1 Milliarden $), ist der gemeinnützige Sektor der US exponentiell angestiegen, oft durch die direkte Privatisierung der Überbleibsel des Sozialsicherungsnetzes der New Deal-Ära. Diese Förderstruktur verbindet liberale Organisationen, aufgeladen mit der Repräsentation und dem Dienst an Communities of Color, mit Firmen, welche vorrangig an Steuerausschlüssen und Almosen interessiert sind und mit der Ausnahme ihrer Rhetorik einer radikalen sozialen Veränderung feindlich gegenüberstehen. Im Jahr 2009 zahlten Nonprofits 9% aller Gehälter in den Vereinigten Staaten, generierten ein Gesamteinkommen von 1,41 Billionen $ und meldeten ein Gesamtkapital von 2,56 Billionen $. Es reicht aus, die Namen dieser philanthropischen Organisationen zu hören, um zu realisieren, dass sie einige der größten Businessmonopole der Welt waren und sind. Ihren Stiftungen ist vorgeschrieben, jährlich 5% ihrer Kapitalausstattung zu spenden, während 95% der übriggebliebenen Anlagefonds in den Finanzmarkt investiert werden. Von der Öffentlichkeit wird erwartet, diesen Organisationen für ihren Edelmut Probleme zu lösen zu danken, während sie in den Erhalt dieser wortwörtlich investieren.

„Mit zunehmender Häufigkeit“, argumentiert der Philippino und Professor Dylan Rodriguez, welcher sich für die Abschaffung der Gefängnisse einsetzt, „sind wir Beteiligte (oder Teilnehmer_innen) einer weißen liberalen Imagination von ‚Multikultur‘/‘People of Color‘, welche die Ikonography und Rhetorik kontemporärer Schwarzer und Dritte Welt-Befreiungsbewegungen verehrt und sogar fetischisiert und dann damit fortfährt, diese Bilder und Sprachen in die öffentliche Präsentation von stiftungsfinanzierten liberalen oder progressiven Organisationen aufnimmt. ...[D]iese Organisationen, mit

dem Ziel des Schutzes ihres gemeinnützigen Status und ihrer Marktfähigkeit gegenüber liberalen Stiftungen, unterdrücken und überwachen aktiv in den eigenen Reihen Mitglieder, welche von den essenziell reformistischen Agendas abweichen, während sie sich kontinuierlich die Sprache und Bilder von historischen Revolutionär_innen aneignet. Als ehemaliger Bewohner der San Francisco Bay Area von 1995-2001, welche in vielerlei Hinsicht das nationale Zentrum des progressiven ‚Flügels' des Non-Profit Industrial Complex darstellt, würde ich einige der Organisationen hier nennen, doch die Liste wäre zu lang. Es genügt zu sagen, dass die Nonprofits oft eine politische Praxis zur Schau stellen, welche, um einen Satz von Ruth Wilson Gilmore anzueignen und zu korrumpieren, radikal in der Form ist, aber liberal im Inhalt."

b. Politiker_innen und die Polizei, welche „so wie wir" sind

In Kalifornien wurden einige der rassistischsten Gesetze und „Reformen" in der jüngsten Geschichte von Politiker_innen of Color vorangetrieben. Wir sind nicht daran interessiert, rassische, Gender bezogene oder sexuelle Diversität innerhalb der bestehenden Machthierarchien zu erhöhen – innerhalb der Regierung, der Polizeikräfte oder in den Sitzungssäalen des unternehmerischen Amerikas. Wenn Polizeibehörden und kommunale Regierungen mit ihren Diversitäts- und Multikulturzeugnissen prahlen, wissen wir, dass es einer radikalen Alternative zu dieser Politik der „Inklusion" bedarf. Oakland ist vielleicht eines der deutlichsten Beispiele dafür, wie People of Color am Angriff auf verarmte und der Arbeiterklasse angehörige schwarze und braune Bevölkerungsteile nicht nur teilnahmen, sondern ihn auch anführten – als Bürgermeister_innen, Polizeichef_innen und Mitglieder der Stadtversammlung. Die Bürgermeisterin Oaklands Jean Quan spricht die Sprache des Aktivismus für soziale Gerechtigkeit und der Bürgerrechte, doch ihre politische Karriere in der Stadtregierung ist eindeutig abhängig von der Befriedigung rechter innerstädtischer Businessinteressen, korrupten Immobilienspekulanten und aufgeblasenen und berüchtigt brutalen Polizeikräften.

Es gibt kein deprimierenderes und abschreckenderes Beispiel des Schicksals der Politik der 1960er, des „Marsches durch die Institutionen", als das der Karriere von Oaklands Bürgermeisterin Quan. Quan kämpfte für die Schaffung eines Ethnic Studies-Programms an der University of California Berkeley in 1969 und verfasste 2011 einen Brief an Occupy Oakland, in dem sie eine Reihe von staatlich-geprüften Nonprofits für soziale Gerechtigkeit

auflistete, mit dem Ziel, Masseninhaftierungen und eine Polizeirazzia gegen Protestierende zu legitimieren, welche versuchten, ein Gemeindezentrum und eine Umsonst-Klinik in einem seit lange leerstehenden und sich in städtischer Verwaltung befindendem Haus zu etablieren. [1] In Antwort auf eine Saison der Streiks, Anti-Polizeigewaltdemonstrationen und wiederholten Hafenblockaden, welche Polizeiangriffen folgten, bot der Staat zwei Optionen zur Wahl: entweder die Nonprofits oder die Polizei.



Bürgermeisterin Quan begutachtet die Auswirkungen des Vandalismus im Rathaus am 28. Januar, dem „Move-In Day" Occupy Oaklands.

Quan und andere Kommunalpolitiker_innen sind Teil eines Staatsapparates, welcher rapide sein Vertrauen auf eine militarisierte Polizei erhöht, um eine unbändige Bevölkerung, speziell verarmte People of Color, in urbanen Gebieten zu kontrollieren. Polizeigewalt wird generell schnell zum Paradigma einer Regierung. Ein jahrzehntelanger „War on Drugs" unter weißer Vorherrschaft gipfelt in einen imperialistischen „War on Terror" des 21. Jahrhunderts. Die Ausstattung und Taktiken der „städtischen Befriedung" werden nun gegen amerikanische Städte und gegen die Bürger_innen und Nicht-Bürger_innen, welche von Sparmaßnahmen betroffen sind, welche für Jahrzehnte dem Globalen Süden auferlegt wurden, gewendet.

Dies ist der Fall in der liberalen Bay Area, wie auch überall sonst. Jüngst wurde das „Urban Shield 2011“, eine Serie von urbanen militärischen Trainingseinheiten für Polizeieinheiten der Bay Area, auf dem Campus der UC Berkeley abgehalten, in Vorwegnahme von Razzien gegen das Occupy Oakland Camp und andere lokale besetzte Parks. Die israelische Grenzpolizei und die Militärpolizei von Bahrain, welche gerade erst ein Aufbegehren des Arabischen Frühlings im eigenen Land unterbunden hatte, nahm an diesen Übungen Seite an Seite mit Alameda County Sheriffs und Officers der Oaklander Polizeibehörden teil.

Wir sehen deutlich, wie in einer Ära der sich vertiefenden Kürzungen in den Haushalten und dem sinkenden Einfluss der USA, der weiße liberale Konsens von ethnischer Inklusion schnell ökonomisch unbezahlbar wird und erkennen anstelle dessen die zunehmende und weit verbreitete öffentliche Unterstützung für gängige soziale Bewegungen, die sich offen für eine weiße Vorherrschaft aussprechen. Bewaffnete paramilitärische Organisationen weißer Nationalisten wie die Minutemen4 patrouillieren entlang der US-Grenzen, weiße Medienfiguren speien genozidale Fantasien im Radio und Fernsehen aus und Polizeimorde an jungen schwarzen Männern und Frauen sind zu solch einer Regelmäßigkeit geworden, dass sogar die Mainstream-Medien angefangen haben, davon zu berichten. Gleichzeitig ist die Kontrolle durch die Polizei5 zum allgemeinen Paradigma der Regierung geworden.

Jared Sexton und Steve Martinot argumentieren: „Nach konventionellen Definitionen von Regierung scheinen wir von den Vertreter_innen dieser Regierung daran gehindert zu werden, diese des Schutzes wegen anzusprechen. Doch was tun wir, wenn wir gegen Polizeigewalt demonstrieren und uns in einer Situation wiederfinden, in der wir die Regierung strategisch ansprechen, uns dabei zu helfen? Diese Auffassung vom Staat als Richter über Gerechtigkeit und der Polizei als unverantwortlicher Henker mit tödlicher Gewalt sind die zwei Seiten der selben Medaille. Enge Verständnisse von blankem Rassismus erweisen sich selbst als unzureichend, denn sie können diese fundamentale Beziehung nicht erkennen. Was benötigt wird, ist die Entwicklung einer radikalen Kritik an der Struktur dieser Medaille.

[Die Polizei] streift umher, kategorisierend, profilierend und wandelt diese Profile oftmals in mörderische Gewalt ohne (ernsthafte) Angst davor haben zu müssen, zur Rechenschaft gezogen zu werden – alles mit der ständigen Forderung von Straffreiheit. Was diese Vorstellung erschüttert ist nicht nur

der Fakt der Straffreiheit, sondern zu realisieren, dass dies einfach Leute sind, die ihren Job machen. Einen Job, den sie erhalten haben, indem sie beim Personalbüro eine Bewerbung eingereicht haben. Bei Ereignissen wie den tödlichen Schüssen auf Amadou Diallo6 liegt das wahre Übermaß nicht im massiven Ausmaß der Schüsse, sondern daran, dass die Bullen auf der Straße waren und von Anfang an auf dieses Ereignis gewartet haben, als eine Routineangelegenheit. Dieses spektakuläre Böse ist eingeschlossen in einem noch schwerer aussprechbarem Bösen: dem Fakt, dass der Staat bestimmte Individuen zu (gut bezahlten) Jobs als Jäger von Menschen unter Vertrag nimmt. Es ist eine verschwiegene Ordnung, innerhalb derer solche Ereignisse einfach der Effekt sind."

c. Kapitalismus und die materielle Reproduktion von „Rasse" und „Gender"

Die Etablierung von gegenseitiger Hilfe in Communities und Selbstverteidigung gegen die Gewalt von aufstrebenden rassistischen Bewegungen aus dem Mainstream heraus, gegen die systematischen Vergewaltigungen und Ausbeutung von Frauen, gegen den systematischen Mord und/oder die ökonomische Isolierung von Transgender, Transsexuellen und gender-nonkonformen Menschen; im Angriff auf ICE7 und der von der Polizei durchgesetzten Krisenpolitik, welche in der Vergangenheit stets auf Communities of Color abzielte, das Benennen vom Zurückfallen in alte Verhältnisse der reproduktiven Rechte und des Gesundheitssystems als die patriarchalen und rassistischen Attacken, welche sie wirklich sind und der Widerstand dagegen; dies sind einige der großen Herausforderungen denen wir alle gegenüberstehen – wir alle, die verstehen, dass Unterdrückung untrennbar von der globalen kapitalistischen Krise ist. Wir können das, was in Oakland geschieht nicht von einer globalen Welle der Generalstreiks, Besetzungen und Riots gegen Sparmaßnahmen und Polizeigewalt trennen – überall auf der Welt, von Barcelona nach Tottenham, vom Tahrir nach Mali und von Bhopal nach Johannesburg.



29. März 2012, Generalstreik in Spanien.

Wir glaube nicht, dass autonome Gruppen in der Lage sind, sich selbst aufrechtzuerhalten, ohne nicht-staatlich basierte Netzwerke zu schaffen und ohne die Erkennung von dem gegenseitigen Implizieren von weißer Vorherrschaft mit Kapitalismus und Patriarchat. Undokumentierte Immigranten konfrontieren boshafte, koordinierte und vollkommen etablierte Grenzschutzbehörden, Polizei und zivile Angriffe welche, um absolut deutlich zu sein, eine Bewegung gegen gebürtige Latin@s, verpflichtet die Grenzen einer Nation zu kontrollieren, die sich als fundamental weiß versteht. Die Intensivierung von anti-migrantischem Rassismus ist nicht losgelöst vom Kapitalismus und nicht nur ein nationales, sondern ein internationales Phänomen - befeuert vom Erfolg kapitalistischer Globalisierung, den Profiten welche durch Schulden und strukturellen Anpassungsmaßnahmen realisiert werden konnten, Subventionen der US-Agrarindustrie, „Freien Handelszonen" wie NAFTA8 und CAFTA9, sowie durch multinationale Industrien, welche zwangsläufig nach immer günstigeren Lohnkosten suchen, entlang der aufgeteilten globalen Versorgungsketten. Sparpolitik bedeutet, dass Frauen, insbesondere arme schwarze und braune Frauen, vom Staat und von Ehemann, Freund und Vater gezwungen werden, die Kürzungen in Dienstleistungen und Gehältern durch zusätzliche häusliche und Reproduktionsarbeit auszugleichen. Arbeit, die immer sie getragen haben.

Wie ein Kommuniqué der Gruppe W.A.T.C.H. aus Baltimore es beschreibt, „wissen wir, dass ökonomische Krisen mehr häusliche Arbeit bedeuten und mehr häusliche Arbeit heißt mehr Arbeit für Frauen. Träume von einer 'mancession' verfliegen schnell, wenn man realisiert, dass männlich-dominierte Sektoren schlicht die ersten sind, die eine Krise zu spüren bekommen – und die ersten die Rettungsgelder erhalten. Die Krisenpolitik fügt der Beleidigung als Sündenbock die Verletzung durch Arbeitslosigkeit und unbezahlte Überstunden hinzu. Der Albtraum der Wachstumspolitik ist die hässliche Rechtfertigung für „Reformen" in Sozialhilfe und -sicherung. Der „Schutz der Familien Amerikas", die kulturelle Kriegsrhetorik trifft auf Heteronormativität und Patriarchat, angesichts des ökonomischen Zusammenbruchs. Die Krise bestimmt den Platz für Frauen und setzt diesen politisch um, während Queers und Transmenschen aufgefordert werden, fern zu bleiben. Umso zunehmender sich die Krise vertieft, umso häufiger wird sie entschuldigt durch einen fiktiven Mangel, umso häufiger wird die Familie benutzt, um eine weiße Leitkultur zu bewerben und weibliche Selbstbestimmung unter dem Dach der Bevölkerungs- und Geburtenkontrolle anzugreifen. Das alte malthusianistische Sprichwort: „Es ist keine Krise, es gibt einfach nicht genug – für sie."10

Der Kapitalismus kann weder auf die „räuberischen Methoden der Wall Street-Banken" reduziert werden, noch ist er etwas, das sich mit Rasse, Geschlecht und sexueller Unterdrückung „überkreuzt"11. Kapitalismus ist ein System, basierend auf einer vergeschlechtlichten und rassifizierten Teilung der Arbeit, der Ressourcen und des Leidens. Gewalt und Beraubung, vorzeitiger Tod, sowie Vergewaltigung sind strukturelle Aspekte eines ökonomischen Systems, welches beansprucht, dass einige arbeiten und andere nicht, einige Hilfe erhalten und andere nicht, einige überleben und andere sterben. Zu sagen, dass verarmte People Of Colour, Queers, Migrant_innen nicht interessiert oder nicht hochgradig von der Wirtschaft beeinflusst sind und sich stattdessen lediglich dafür interessieren, ihre Identitäten innerhalb der existierenden Machtstrukturen noch einmal zu bestätigen, bedeutet, innerhalb eines zurechtgebastelten Nullsummenspiels für die Befreiung einer einzelnen unterdrückten Identität auf Kosten all der anderen zu arbeiten. Speziell in den USA hat der Jubel über kulturelle Vielfalt, das Anerkennen von kultureller Verschiedenheit, der Applaus über das Betreten des Arbeitsplatzes von Frauen und Queers und die relative Abnahme von rassistischen und sexistischen Vorstellungen innerhalb jüngerer Generationen die materiellen Umstände rassifizierter Bevölkerungsanteile nicht verbessert, sondern deren dramatischen Verfall maskiert.

Massive Akkumulationen durch die Enteignung von Ländereien der Einheimischen; rassifizierte Versklavung, Mord und Inhaftierung; konstante, intime und intensive Ausbeutung von unbezahlter Arbeit der Frauen, sowohl Zuhause als auch als verpflichtete häusliche Arbeit und immer gewaltsam geschichtet im Bezug auf Rasse – all dies formt den naturalisierten und unkenntlich gemachten Unterbau der Ausbeutung von lohnabhängigen Arbeiter_innen durch das Kapital. Der anwachsende ökonomische Einfluss von Jahrhunderten, geprägt durch Versklavung, Genoziden, Kolonialismus, Patriarchat und rassistischer Segregation ist nicht einfach peripher sondern integral und fundamental für die Natur der globalen kapitalistischen Ökonomie. Die natürliche, „harmonische" Beziehung zwischen Bürger_innen, Patriot_innen, Steuerzahler_innen, Besitzenden, Arbeiter_innen, Reichen und Armen wird unterbrochen durch „Illegale", Sozialschmarotzer, Schwuchteln, Freaks, rücksichtslose frühreife Teenager und so weiter. Die Kategorie von „Rasse" wird materiell geschaffen und endlos erneuert durch diese Institutionen, welche die Leben der Undokumentierten, Inhaftierten und Bewohner_innen alternder Ghettos, welche zunehmend als Freiluft-Knäste funktionieren, organisieren und verwalten.

Vom Kapitalismus zu sprechen, so als ob er irgendwie von rassistischer Ausbeutung, geschlechtsbezogener Gewalt und der Skala der komplexen Unterdrückungen die uns in dieser Welt gegenüberstehen trennbar wäre, begrenzt anti-rassistische und anti-patriarchale Kämpfe auf die Sphäre der Kultur, des Bewusstseins und des individuellen Privilegs. Die aktuell dominante Form von Anti-Unterdrückungspolitik spielt in der Tat das Ausmaß herab, in welchem sich rassifizierte und geschlechtsspezifische Ungleichheiten durch die Gesellschaft hindurch vertiefen, trotz der Verallgemeinerung der Politiken, die linguistische, kulturelle, geschlechtliche und sexuelle Einschlüsse bewirbt. Ohne die materielle Infrastruktur anzugreifen, welche Macht in den Händen Einiger anhäuft und festigt (ein Prozess, dessen Endresultat nun „Privileg" genannt wird), ist die Gleichstellung von „Privilegien" und die Abschaffung dieser identitäts-basierender Unterdrückungen in der Klassengesellschaft eine liberale Fantasie.



Der Mohawk-Krieger Brad „Freddy Krueger“ Larocque, Ökonomiestudent an der University of Saskatchewan, konfrontiert einen kanadischen Soldaten während der Oka-Krise im Jahr 1990.

d. Die Rassifizierung von Vergewaltigung und das Ausblenden sexueller Gewalt

Innerhalb des letzten Jahres wurde in Kalifornien die rassistische Angstmache vor möglichen Vergewaltigungen dafür genutzt, sowohl Räume militanter Aktion zu delegitimieren – Parks, Straßen, Häuser oder Universitäten – als auch die Verbreitung von sexueller Gewalt innerhalb der Gesellschaft auszublenden. Das Bild des schwarzen Vergewaltigers wird regelmäßig benutzt, um Polizeigewalt zu entschuldigen und nachträglich die Morde an unzähligen schwarzen Männern, wie bspw. Kenneth Harding12, zu rechtfertigen. Der Vorwand, Vergewaltigungen vorbeugen zu wollen, wurde explizit für die Rationalisierung der Räumung der University of California Davis und den immensen Pfeffersprayeinsatz gegen Student_innen am 18. November 2011 genutzt. Wir sind versucht zu sagen, dass diese Begebenheit mehr preisgibt über den Bedarf der Staatsbürokratien, ihre eigene Existenz zu rechtfertigen als es über die Seuche der sexuellen Gewalt in den US aussagt, doch die Wahrheit ist, dass die Realität der Vergewaltigung und

sexuellen Gewalt gemeinsam mit der Verwendung als eine ideologische Waffe fundamental für das alltägliche Funktionieren von Wirtschaft und Staat sind. In Interviews verteidigen Katehi, Präsidentin der UC Davis sowie Vize-Präsident Meyer im Nachhinein die Polizeireaktion auf das Occupy UC Davis-Camp mit dem Zusammenbringen von Occupy Oakland mit einer Gefahr von sexueller Gewalt von „außen". Katehi behauptet: „Wir waren besonders besorgt darüber, dass sehr junge Mädchen und andere Studentinnen mit älteren Leuten von außerhalb zusammen sein würden, ohne irgendein Wissen über deren Führungsakte. […] Falls irgendetwas irgendeiner Studentin passieren würde, während unsere Politik missbraucht wird, wäre das sehr schwer zu bewältigen." Präsident Meyer war sehr viel präziser bzgl. der hypothetischen Bedrohungen: „Meine Angst ist eine längerfristige Besetzung mit einer Anzahl von Zelten, wo es zu einem Vorfall zwischen einer jungen Studentin und jemandem von außerhalb kommt. Und dann soll ich den Eltern erklären, dass jemand von außerhalb diese unvorstellbare Tat der Tochter angetan hat und wie es dazu kommen konnte." [3]



Vorgehen der Polizei gegen das Occupy Davis Camp an der University of California Davis.

Diese Äußerungen beleuchten, wie Geschlecht und Rasse im öffentlichen Diskurs häufig verbunden werden – hier, Katehi, eine Frau in einer Machtposition, die versucht eine illegale Polizeiaktion zu rechtfertigen, indem sie Frauen als permanente Opfer bevormundet und eine rassistische Angst vor dem kriminellen Vergewaltiger bedient, der von „Außen“ nach „Innen“ in den universitären Raum eindringt. Nach der hypothetischen Vergewaltigung verschwindet die Person, welche die Tat überlebt hat. Die Vergewaltigung ist bedauerlich; dieses Bedauern wird nicht artikuliert in Begriffen des Traumas der überlebenden Person, sondern durch den Fakt, dass der Vorfall den Eltern erklärt werden müsse. Zu sagen, dass Vergewaltigung „unvorstellbar“ sei, ist nur aus einer privilegierten Position möglich, in der sexuelle Gewalt keine Alltagsrealität ist.

In Anbetracht der Tatsache, dass Vergewaltigung innerhalb jeder Klasse und jedem Bevölkerungsteil auftaucht, für gewöhnlich verübt durch Bekannte und Familie, ist es vollkommen abstrus zu behaupten, dass es an einer großen Universität wie der UC Davis nicht zu Vergewaltigungen kommt und wo sich die Vergewaltigungskultur nicht verbreitet. Vergewaltigungen als unvorstellbar zu behandeln ist absolut essenziell für die strukturelle Nutzung dieser als ein Werkzeug vergeschlechtlichter Unterordnung und Ausbeutung und als ideologische Waffe der weißen Leitkultur. Das Geschehen um den Pfefferspray-Einsatz zeigt, wie ein Phantom der Vergewaltigung in Erzählungen von Staat und Medien auftaucht, wenn dieses politisch nützlich ist und als ein Werkzeug der Rassifizierung und Kriminalisierung funktioniert (zwei Prozesse, die zusammentreffen, wenn sie auf verarmte Schwarze und Braune Bevölkerungen abzielen), wenn Vergewaltigung und sexuelle Gewalt tatsächlich jeden gesellschaftlichen Bereich betreffen.

Die Orte, an denen uns gesagt wird, Vergewaltigungen zu befürchten, ändern sich abhängig davon, was politisch zweckdienlich ist und es ist entscheidend zu bemerken, welche Orte wann betont werden – Vergewaltigungen sind in Occupy-Camps überall im Land geschehen, doch sehr viel mehr Vergewaltigungen passieren in den Haushalten der USA und dennoch wollen uns Medienberichte vom heterosexuellen Zusammenwohnen und der Ehe abhalten. Wann wird Vergewaltigung ignoriert und wann wird es thematisiert? Vergewaltigungen geschehen regelmäßig in Schlafzimmern, Studierendenwohnheimen, in Autos, bei Dates, zwischen Personen gleichen Alters, Ethnie und Klasse. Wenn der Ausschluss der Polizei aus öffentlichen Orten in den Medien als eine Einladung zur Vergewaltigung präsentiert wird,

wird uns verschwiegen, dass es selbst die Polizisten sind, die vergewaltigen, sich sexuell übergriffig verhalten und Frauen, Transmenschen, Queers und Sexarbeiter_innen misshandeln – mit einer Regelmäßigkeit, die uns übel werden lässt.

Während diese Verwalter_innen das Gespenst der Vergewaltigung mobilisieren, um die Polizeireaktion auf das Occupy Camp an der UC Davis zu verteidigen, nehmen sie Teil an einer landesweiten Hochschulkultur, die sexuelle Gewalt billigt. Eine großangelegte Studie zu dem Thema fand heraus, dass Universitäten nur 10-25 % derjenigen Studierenden entlassen, welche für sexuelle Übergriffe verantwortlich sind. Diese werden oft für ein Semester suspendiert oder erhalten geringe akademische Strafen. Die Hälfte der interviewten Studierenden sagten, dass Rechtsausschüsse für Studierende die benannte angreifende Person für nicht verantwortlich befanden. [4]

Wenn sich sexuelle Gewalt in öffentlichen Orten manifestiert, wird das Thema routinemäßig als „zwiespältig" oder „rein persönlich" bezeichnet. In einem verstörenden Akt der Kapitulation gegenüber der Attacken des Staates, vermuten „Radikale" häufig, dass Vorwürfe von Vergewaltigung und sexuellen Übergriffen Erfindungen staatlicher Kräfte seien, um kämpfende Gruppen zu infiltrieren. Viele radikale Communities sind dahin gelangt, dass sie den Fokus auf das Benennen von und den Angriff auf sexuelle Gewalt mit einer Politik der Demobilisierung oder einer Ablenkung von den „echten Themen" assoziieren. Wieder ist das Ergebnis, dass die Realität von sexueller Gewalt, nicht bloß in einmonatigen Camps, sondern auch in persönlichen Räumen, zwischen Personen jeder ethnischen Gruppe, zwischen Menschen die sich kennen und vertrauen, methodisch ausgelöscht wird. Das Schweigen über sexuelle Gewalt bekräftigt diese. Wohingegen die spektakulären Wutausbrüche über isolierte Ereignisse von rassistischer Gewalt (z.B. Trayvon Martin13) die alltäglichen Polizeimorde gegen Schwarze und Braune Individuen als Routine markieren. Die Realität von sexueller Gewalt ist, dass sie zum Schweigen gebracht, vermieden und ignoriert wird, in erster Linie cis-Männer auf jeder Ebene der Gesellschaft bekräftigt und Konversationen über sexuelle Gewalt in weitere Rechtfertigungen für intensivierte rassistische Segregation, Inhaftierung und Überwachung transformiert.



Eine junge chilenische Feministin: „Ohne Gott, ohne Gesetz, ohne Ehemann: frei, wunderschön und verrückt“

III.
Die Grenzen der aktuellen Theorien und Praxen gegen Unterdrückung

a. Identität ist nicht Solidarität

Theorien zu Privilegien und kultureller Essentialismus14 haben antirassistisches, feministisches und queeres Organisieren in diesem Land außer Gefecht gesetzt, indem Identitätskategorien mit Solidarität verwechselt und Stereotypen über die politische Homogenität und Hilflosigkeit von „Communities of Colour" verfestigt werden. Die Kategorie der „Communities of Colour" ist für sich selbst eine kürzlich erfundene Identitätskategorie, welche die zentrale Rolle des Rassismus gegen Schwarze in der Aufrechterhaltung einer rassistischen Ordnung verdeckt und verschweigt auftauchende Formen von rassistischen Konflikte zwischen Nicht-Weißen. Was es wirklich bedeutet, in einer „Post-Rassismus-Ära" zu leben, ist, dass „Rasse" zunehmend in der Regierung, den Medien und der Bildung als „Kultur" repräsentiert wird, während die Nation als Ganzes zurückgekehrt ist zu Ebenen der rassistischen Ungleichheit, der Segregation in Bezug auf Wohnsitz und Bildung und der verschwiegenen Gewalt seit dem letzten Moment des „Post-Rassismus" in der U.S.-Geschichte – die Abschaffung des Systems der Apartheid und des Jim Crow15 Mitte der 60er Jahre.

Rassismus primär als eine Angelegenheit von individuellen Privilegien basierend auf der Kategorie „Rasse" zu verstehen, sowie die Bekräftigung marginalisierter kultureller Identitäten als Lösung des grundlegenden Mangels an Privilegien, ist heute die dominante und überwiegend unhinterfragte Form der Politiken gegen Unterdrückung in den USA. Diesen Politiken zu Folge wird Weißsein lediglich eine weitere „Kultur" und weiße Vorherrschaft eine psychologische Attitüde, anstelle einer strukturellen Position der Dominanz, bekräftigt durch Institutionen, ziviler und Polizeigewalt, Zugang zu Ressourcen, sowie der Wirtschaft.

Demografische Kategorien sind nicht kohärente, homogene „Communities" oder „Kulturen", welche von Individuen repräsentiert werden können. Identitätskategorien kennzeichnen nicht politische Einheit oder Übereinstimmung. Identität ist nicht Solidarität. Vergeschlechtlichte, sexuelle und ökonomische Herrschaftsstrukturen innerhalb von auf „Rasse"

basierender Identitätskategorien wurden üblicherweise durch ein additives Konzept beschrieben: Intersektionalität, welche die Annahme fortführt, politische Übereinstimmung würde automatisch durch die Verbreitung existierender demographischer Kategorien generiert. Die Repräsentation maßgeblicher politischer Differenzen als Differenzen in Privilegien oder Kultur platziert Politik jenseits von Kritik, Debatte und Diskussion.

Zu lange schon werden individuelle, auf „Rasse“ basierende Privilegien als das Problem angenommen und eine von Staat, Firmen oder NGOs geleitete ethnische „kulturelle Diversität“ innerhalb bestehender Machthierarchien als Lösung befunden. Es ist eine abgedroschene aktivistische Formel, zu betonen, dass „Repräsentant_innen“ unterschiedlicher Identitätskategorien nach „Front und Center“ innerhalb von Kämpfen gegen Rassismus, Sexismus und Homophobie platziert werden müssten. Doch das ist bedeutungslos, wenn nicht näher auf den Inhalt dieser Politik eingegangen wird. Die US-Armee ist eine der rassisch vielfältigsten und gleichzeitig unterdrückerischsten Institutionen in der Gesellschaft der USA. „Vielfalt“ allein ist ein bedeutungsloses politisches Ideal, welches Kultur vergegenständlicht, Kämpfe als Inklusion in unterdrückende Systeme definiert und Identitätskategorien mit politischen Überzeugungen gleichsetzt.

Die Zeit und wieder einmal Politiker_innen „of color“ haben genau jene Gruppen verraten, die sie zu repräsentieren meinen, während sie als Beweis hochgehalten werden, dass die USA in der Tat eine „farbenblinde“ oder „post-rassistische“ Gesellschaft seien. Wohlhabende Queers unterstützen Initiativen, welche verarmte Queers, Trans*Menschen und Sexarbeiter_innen wegsperren und umbringen. Frauen in machtvollen Positionen verteidigen weiterhin den brutalen Angriff auf die Rechte bzgl. Abtreibung und Reproduktion und imitieren diese auch manchmal, um dann die Reproduktionsarbeit auf den Schultern von Pflegekräften (care workers) abzuladen, welche überwiegend Women of Color sind.

Doch sehr viel veranschaulichender für unser Argument ist das Phänomen der Anti-Unterdrückungs-Aktivist_innen – welche eine strukturelle Analyse von Unterdrückung entwickeln und sich dennoch übereinstimmend mit einer Praxis einrichten, welche gewalttätige, radikale und risikoreiche Befreiungskämpfe gegen Sklaverei, Kolonialismus, Patriarchat, Homophobie und Cis-Zentrismus zu Kämpfen für individuelle Privilegien und die Anerkennung von kultureller Verschiedenheit durch den Staat reduzieren. Selbst wenn diese Aktivist_innen über eine Geschichte von militantem

Widerstand und Aufopferung verfügen, verfallen sie mit Zustimmung zurück in Strategien, welche per Petition die Mächtigen bittet, auf deren Privilegien zu verzichten oder Marginalisierten zu „erlauben“, widerständige Kämpfe anzuführen.

Zu lange hat es keine Alternative zu diesen Politiken der Privilegien und kulturellen Anerkennung gegeben und so ist die Ablehnung dieses liberalen politischen Rahmens synonym mit der Verweigerung geworden, Rassismus, Sexismus und Homophobie im Allgemeinen ernsthaft zu adressieren. Sogar und besonders wenn People Of Color, Frauen und Queers Alternativen zu diesen liberalen Politiken der kulturellen Inklusion erdenken und umsetzen, werden sie beharrlich als weiß, männlich und privilegiert angegriffen – von dem Haufen, der die dominante Praxis aufrechterhält und endlos fortsetzt.



Nachdem sie über 1500 km gelaufen sind, konfrontieren Protestierende mit Behinderungen die bolivianische Polizei in La Paz, Februar 2012

b. Der Schutz verletzlicher Communities of Colour und „unserer" Frauen und Kinder: Die Theorie gefährdeter Spezies von Minderheiten und patriarchaler weißer Umweltschutz

Die dominante Praxis heutiger Politiken gegen Unterdrückung überlässt Macht politischen Repräsentant_innen und verstärkt Stereotype über Opfer von Rassismus, Sexismus und Homophobie die es individuell „verdienen" oder „nicht verdienen". Ein riesiger Industriekomplex der gemeinnützigen Organisationen sowie eine Klasse von professionellen „Sprecher_innen" der Communities sind über die letzten Jahrzehnte aufgestiegen, um die Parameter akzeptabler politischer Aktion und Debatte zu definieren. Diese Sicherheitspolitiken müssen kontinuierlich ein Bild der Machtlosigkeit projektieren und Communities of Color, Frauen und Queers „beschützen" und auf Reden und Massendemonstrationen anstelle von aktiver Störung und Zersetzung begrenzen. Für diese Politik der kulturellen Bestärkung ist Leiden nur legitim und anerkennbar, wenn es einhergeht mit weißen, mittelständigen Verhaltenscodes, in welchen jedes Geschlecht seine angemessene Stelle hat und nur, wenn es eine Sprache der Produktivität, des Patriotismus und der selbstregulierenden Opferschaft spricht.

Und doch ist die große Mehrheit von uns nicht „sicher" schon wenn wir nur unser alltägliches Leben in Oakland oder woanders bestreiten. Wenn Aktivist_innen beanspruchen, dass verarmte Schwarze und Braune Communities sich nicht gegen rassistische Angriffe wehren oder den Staat konfrontieren dürfen und das Nutzen von illegalen oder „gewalttätigen" Mitteln verurteilen, setzen sie sich bezeichnenderweise für ein Auftreten ein, welches ein Bild legitimer Opferschaft für den Konsum des weißen Mittelstandes kreiert. Die Aktivitäten marginalisierter Gruppen werden selten bemerkt, solange sie nicht die Rolle der friedlichen und altertümlichen Ethnischen spielen, welche von Natur aus Machtstrukturen nicht allein konfrontieren könnten. Heutige Anti-Unterdrückungspolitiken reproduzieren andauernd Stereotype über die Passivität und Machtlosigkeit dieser Bevölkerungen, wenn es in Wirklichkeit genau Menschen aus diesen Gruppen sind – verarmte Women of Colour, die ihr Recht auf Land und Wohnraum verteidigen, trans*sexuelle Arbeiter_innen, die bei Gewalt und Mord auf der Straße zurückschlagen, Schwarze, Braune und von Asian American getragene militante Kämpfe gegen rassistische Angriffe von Weißen – welche die stärksten und erfolgreichsten militanten Aufstände in der us-amerikanischen Geschichte erreichten. Wir lehnen eine Politik ab, welche uns und Menschen, die wie wir aussehen, wie Kinder behandelt und welche dauerhaft nicht-weiße und/oder nicht-männliche

Bevölkerungsteile als hilflos, verletzlich und unfähig für die eigene Befreiung zu kämpfen, brandmarkt.



Wenn Aktivist_innen argumentieren, dass die Macht „in die Hände der am meisten Unterdrückten" gehört, ist es eindeutig, dass ihr vorrangiges Publikum für solche Bemühungen lediglich liberale weiße Aktivist_innen sein können und dass sie Macht lediglich als etwas verstehen, das von den Mächtigen garantiert oder gewährt wird. Appelle an weiße Gutmütigkeit, People of Color „politische Kämpfe anführen" zu lassen, sind Annahmen, dass weiße Aktivist_innen irgendwie ihre Privilegien und Legitimität aufgeben und an unterdrückte Communities übergeben könnten und dass diese Communities nicht für sich selbst handeln und kämpfen könnten.

People of Color, Frauen und Queers werden innerhalb der aktuellen Diskurse über Privilegien ständig mit Kindern verglichen. Sogar Kinder können eine besser durchdachte und anspruchsvollere Analyse haben, als die Theoretiker_

innen der Privilegien oft annehmen! „Communities of Color“ sind in den heutigen liberalen Diskursen über Unterdrückung verwandt mit gefährdeten Spezies, bedürftig nach einer Verwaltung durch sympathische Weiße oder „Repräsentant_innen der Communities“, welche politische Konflikte um jeden Preis zurückhalten.

Und natürlich ist es für die Machtstrukturen von großem Vorteil, wenn die Unterdrückten verkindlicht werden und abgeschreckt sind von potenziell „unsicherer“ Selbstverteidigung, Widerstand oder Angriff. Die Abwesenheit von aktivem Massenwiderstand gegen rassistische Politik und Institutionen in Oakland und den USA während der letzten 40 Jahre bedeutet, dass sich die Lebensbedingungen für fast alle verschlechtert haben. Gefängnisse, Polizei, Staat, Wirtschaft und Grenzen reproduzieren fortwährend rassistische Ungleichheiten durch das Erstellen von Kategorien und Profilen, setzen demographische Identitäten durch und weisen diesen Positionen innerhalb einer dominanten Hierarchie zu, in welcher marginalisierte Gruppen lediglich durch die Unterdrückung und Ausbeutung Anderer zu Macht kommen. Die Einschnitte im Haushalt und die Rollbacks im Gesundheitssystem hinterlassen die ärmeren Queers und Trans*Menschen ohne Zugang zu nötigen medizinischen Ressourcen, wie die Behandlung von AIDS oder Hormone. Andere Sparmaßnahmen stimmen dies ab mit zunehmend frauenfeindlichen Gesetzgebungen entgegen reproduktiver Rechte, welche mit Sicherheit in eine zunehmende und nicht sichtbare Zahl von Todesfällen unter Frauen resultieren werden. Mit der Zunahme von „Vielfalt“ in Stadt- und Staatsregierungen sowie in einigen Sektoren der Geschäftswelt, wandelt die sich vertiefende ökonomische Schichtung diese Form der repräsentativen „Gleichheit“ in eine nahezu komplett symbolische.

Uns wurde gesagt, dass die „Occupy“-Bewegung gegen „ökonomische Ungleichheit“ protestieren würde und sie deswegen keine Bewegung über oder für People of Color sei, trotz des Faktes, dass die Subprime-Kredite16 innerhalb des Wohnraummarktes auf Schwarze und Latin@s abzielen und zu Verlusten von zwischen 164 Milliarden US-Dollar und 213 Milliarden US-Dollar führten, einer der in der jüngsten Geschichte größten Verlagerungen von Besitz aus diesen Bevölkerungsteilen hinaus. Und trotz des Faktes, dass Women of Color mehr als jede andere Gruppe von Arbeitsstellenstreichungen betroffen sind.

Uns wird gesagt, dass aufgrund dessen, dass die „Wirtschaft“ schon immer arme People of Color angegriffen hätte, dass zunehmender Widerstand von

einem Haufen junger Leute unterschiedlichster Herkunft17 und Student_innen und von sich abwärts bewegenden Angehörigen der weißen Arbeiter- und Mittelklasse nichts mit People of Color zu tun hätte – aber dass die Wiederaneignung und die Neuerschaffung eines idealisierten kulturellen Erbes dies würde. Uns wird gesagt, dass wir „Quotenvertreter von Minderheiten"18 oder „Spitzel" seien, wenn wir uns kritisch zeigen gegenüber einer Rückkehr zu essentialistischen traditionellen kulturellen Identitäten, welche fernab politischer Diskussion liegen und wenn wir kritisch sind gegenüber dem konservativen politischen Projekt des Wiederaufbaus „der vielen Systeme der Zivilisation – Wirtschaft, Regierung, Politik, Spiritualität, Umweltschutz, Ernährung, Medizin und Verständnisse des Selbst, der Identität, Geschlecht und Sexualität – welche vor der Kolonisierung existierten."

Wir lehnen ökonomische Kämpfe und Analysen ab, die blind gegenüber „Rasse" und „Geschlecht" sind, doch wir haben keine Ablehnung gegenüber Kämpfen gegen das, was im Kapitalismus als „die Ökonomie" naturalisiert wird. Während die Mehrheit der Vollversammlungen bei Occupy eine neo-populistische Rhetorik ökonomischer Verbesserungen oder Reformen übernommen hat, sehen wir die Abschaffung des kapitalistischen Systems nicht als peripher, sondern als fundamental für jegliches materialistische Projekt zur Beendigung von Unterdrückung an.

Aktuelle Statistiken geben einen Eindruck der sich verschlechternden rassistischen Ungleichheit in den heutigen USA: Der durchschnittliche Wohlstand weißer Haushalte ist 20-mal höher als der Schwarzer Haushalte und 18-mal höher als der lateinamerikanischer, die größten Unterschiede im Besitz seit 25 Jahren. Mehr als ein Viertel der Native Americans und Native Alaskans leben in Armut, mit einer Armutsrate von 40 % innerhalb der Reservate. Von 2005 bis 2009 fiel der durchschnittliche Wohlstand von Latin@s um 66 %, der von Schwarzen um 53 %, jedoch nur um 16 % bei weißen Haushalten. Der durchschnittliche Haushalt Schwarzer im Jahre 2009 besaß 5677 $, der von Latin@s 6325 $ und der von Weißen 113.149 $.



Die Polizei Oaklands verhindert die Wiederbesetzung eines zwangsgeräumten Eigenheimes. 90% der Zwangsräumungen in Oakland konzentrieren sich auf die 3 von überwiegend Schwarzen und Braunen bewohnten Viertel mit den Postleitzahlen 94621, 94603 und 94605.

Diese sich verschlechternden materiellen Bedingungen mittels Begriffen der Privilegien zu adressieren und ebenso Lösungen zu erdenken, bedeutet stillschweigend die andauernde staatliche und ökonomische Reproduktion von rassistischen und vergeschlechtlichten Hierarchien zu unterstützen und rassistische und patriarchale Gewalt im 21. Jahrhundert zu erneuern.

c. Zu als gemeinnützig anerkannten „weißen Verbündeten“ und der Theorie der Privilegien

Communities of Color sind kein alleinstehender, homogener Block mit identischen politischen Überzeugungen. Es gibt kein alleiniges und vereintes antirassistisches, feministisches und queeres Programm, mit welchem sich weiße liberale irgendwie „verbünden“ könnten, auch wenn manche Individuen oder Gruppen von POC den Besitz eines solchen Programms vielleicht für sich behaupten mögen. Diese besondere Marke von weißer Verbundenheit vereinfacht politische Differenzen zwischen Weißen und homogenisiert die Bevölkerungsteile, für die zu sprechen vorgegeben wird. Wir denken, dass diese Politik aufgrund seiner fundamentalen Idee als konservativ, entmündigend und einschränkend verharrt, besonders für People of Color, welche die von der Privilegientheorie angebotenen Analysen und Aktionsfelder ablehnen.

Als ein besonders hervorstechendes Beispiel für dieses Problem kann eine Vollversammlung von Occupy Oakland am 4. Dezember 2011 angeführt werden: „Weiße Verbündete“ einer lokalen gemeinnützigen Initiative namens „The Catalyst Project“ tauchten mit einem Anhang anderer Gruppen und Individuen beim Oscar Grant / Frank Ogawa Plaza auf, um in einer Rede den Vorschlag zu unterbreiten, Occupy Oakland in „Decolonize / Liberate Oakland“ umzubenennen. Indem das Publikum angesprochen wurde, als wäre es durchgehend weiß, erklärte jede_r weiße „Verbündete“, welche_r die Vollversammlung adressierte, dass der Verzicht auf die eigenen Privilegien als Weiße_r bedeute, den Vorschlag zur Umbenennung zu unterstützen. Und doch wurde in den öffentlichen Reaktionen auf den Vorschlag deutlich, dass eine nicht unerhebliche Zahl von POC im Publikum, darunter auch die Gründungsmitglieder einer der aktivsten und effektivsten autonomen Gruppen von Occupy Oakland, welche zum Großteil aus People of Color besteht, dem „Tactical Action Committee“, diese Maßnahme zutiefst ablehnte.

Was dem zugrunde lag war ein politische Zerwürfnis, welches nicht eindeutig entlang rassistischer Grenzen gespalten war. Wie auch immer, das Versagen

des Vorschlags zur Umbenennung wurde im Folgenden weitgehend als ein Konflikt zwischen dem „weißen Occupy“ und der „Decolonize / Liberate Oakland“-Gruppe falsch wiedergegeben. Unserer Erfahrung nach sind solche Wiedergaben keine Zufälle oder alleinstehende Vorfälle, sondern ein sich wiederholendes Merkmal einer dominanten Strömung der Anti-Unterdrückungspolitik in der Bay Area, welche – anstatt People of Color, Frauen und Queers zu eigenständigen Aktionen zu mobilisieren – die Präsenz von POC in Koalitionen über rassistische Grenzen hinweg beständig auslöscht.

Weiße Vorherrschaft und rassistische Institutionen werden sich nicht durch sympathische weiße Aktivist_innen zerstören lassen, welche mehrere Tausend Dollar für Diversity Trainings in NGOs ausgeben, damit sie ihre eigenen rassistischen Privilegien erkennen und sich dies zertifizieren lassen. Die Absurdität der Privilegienpolitik verschiebt den Fokus antirassistischer Praxis zurück auf Weiße und ihr Verhalten und geht davon aus, dass sich Rassismus (und oft durch implizite oder explizite Assoziation Sexismus, Homo- und Transphobie) primär durch individuelle Privilegien manifestiert, welche mittels individueller Vorsätze „reflektiert“, aufgegeben und bereinigt werden könnten. Privilegienpolitik ist letztendlich komplett abhängig von exakt dem, was sie verurteilt: weiße Gutmütigkeit.

IV.
Occupy Oakland zum Beispiel

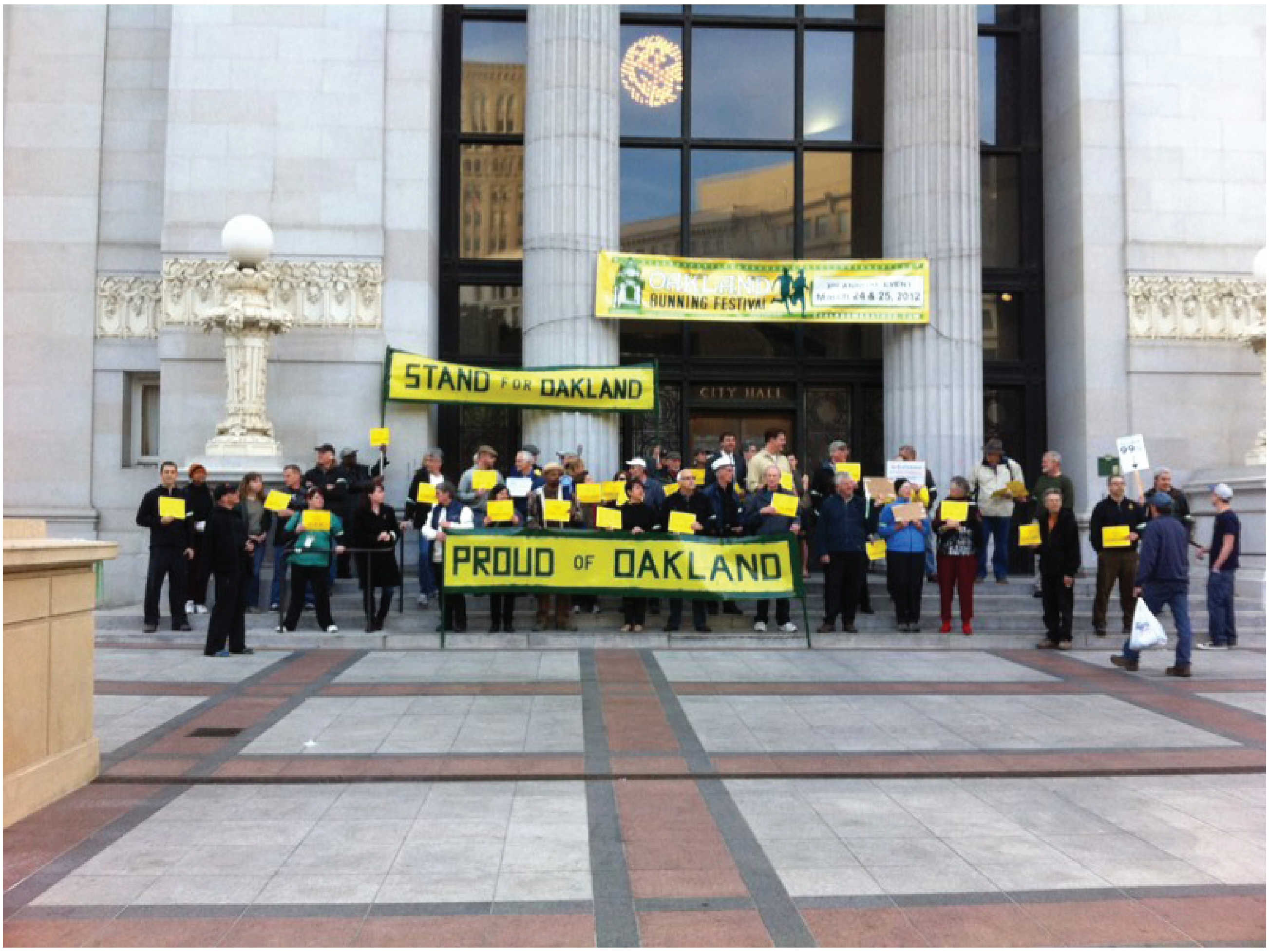
a. Occupy Oakland, „Agitatoren von Außen“ und „weißes Occupy“

Als Bürgermeisterin Quan und Oberstaatsanwältin Nancy O‘Malley behaupteten, Occupy Oakland sei nicht Teil der nationalen Occupy-Bewegung, hatten sie in Teilen Recht. Von Anfang an lehnte Occupy Oakland jegliche Kooperation mit den Offiziellen der Stadtregierung ab, ebenso die haarsträubend flexiblen Definitionen von „Gewalt“ durch Staat und Medien und die mittlerweile überwiegend als falsch eingeschätzte Argumentation, dass die Polizei Teil „der 99 %“ sei. Nach den koordinierten Durchsuchungen von Occupy Camps im ganzen Land, den unzähligen Polizeiübergriffen, sowie langsam klarer werdenden Details über die Involvierung des Department of Homeland Security und dessen Zentren zur Datensammlung, sind die Unterstützer_innen der Zusammenarbeit mit der Polizei verstummt.

Die Pressemitteilungen der Stadtregierung, der Oaklander Polizei und der Businessvereinigungen wie der Oakland Chamber of Commerce wiederholen kontinuierlich, dass das Occupy Oakland Camp, welches an die Tausend überwiegend verzweifelt verarmte Menschen jeden Tag mit Essen versorgt, in erster Linie von „weißen Außenstehenden“ aufgebaut wurde, mit dem Bestreben, die Innenstadt zu zerstören. Für all Jene, die Zeit im Camp verbracht haben, egal für wie lang, war Occupy Oakland eindeutig eines der entlang rassistischer Trennlinien meist übergreifenden Camps im Land – aufgebaut von People of Color aus allen Lebensbereichen, von lokalen Ladenbesitzer_innen bis zu gekündigten Lehrer_innen, von College Student_innen zu Obdachlosen und ernsthaft psychisch Kranken. Unglücklicherweise imitierten Aktivist_innen aus dem Spektrum der Anti-Diskriminierung, Kirche und Community-Verbände die Ausblendung von People of Color durch die Stadtregierung in ihren Analysen von Occupy, wenn sie nicht gerade dabei waren, hinter verschlossenen Türen im Büro der Bürgermeisterin zu verhandeln und das Camp „friedlich“ auseinanderzunehmen.

Von Anfang an befand sich das Occupy Oakland Camp in einem sich verengenden Schraubstock, zwischen zwei Gesichtern des Staates: Nonprofit-Organisationen und die Polizei. Eine Reihe von Community Organisationen begann sofort mit den Bürokrat_innen der Stadt zu verhandeln und

versuchte, das Camp zu einem Gelöbnis auf den Verzicht von Gewalt zu drängen, sowie in den Snow Park zu ziehen (welcher später von der Polizei Oaklands geräumt wurde, trotz absoluter Fügsamkeit der Menschen, die sich dort niederließen).20 Zur gleichen Zeit bereiteten sich Polizeieinheiten der gesamten Bay Area auf einen der größten und teuersten paramilitärischen Einsätze der Neueren Geschichte vor. Es wurde zunehmend deutlich, dass das Image des progressiven Aktivismus der Stadt nicht das massenhafte Zusammenkommen von Oaklands Obdachlosen und das Sichtbarmachen des Ausmaßes der urbanen sozialen Zerstörung an einem Ort tolerieren kann.



Beamte der Stadt Oakland und lokale Geschäftsleute halten auf den Stufen zum Rathaus eine Gegenkundgebung wegen Occupy Oakland ab.

Die andauernde Geschichte von Occupy Oakland ist ein Fallbeispiel dafür, inwiefern sich antirassistische Politik verändert hat, seitdem Bobby Seale und Elaine Brown 1973 versuchten, Bürgermeister bzw. Mitglied im Stadtrat zu werden, entgegen einem Meer von weißen Amtsinhaber_innen.21 Oaklands aktuelle Stadtregierung – inklusive den Büros der Bürgermeisterin, dem Stadtrat und der Polizeibehörde – ist nun überwiegend mit People of Color belegt und von ihnen geführt. Vom Staat geförderte Repräsentant_innen,

welche vorgeben für Oaklands „People of Color", „Frauen" oder „Queers" als Ganzes zu sprechen sind Teil eines Systems der Schirmherrschaft und der Macht, welches sicherstellt, dass die Person, die es nach oben schafft, auf dem Rücken von hundert anderen lastet.

Was auch immer die Rhetorik dieser Politiker_innen ist, ihr Job ist es, dafür zu sorgen, dass die Eigentümer_innen der Innenstadt und die Hausbesitzenden der Hügel abgeschirmt sind von potenzieller Kriminalität und Rebellion aus den Flachlandgebieten, aufgrund der zunehmend heftigeren Kürzungen im Bereich der sozialen Dienstleistungen, Konsequenzlosigkeit für die Polizei und Masseninhaftierungen. Um zu überleben ist eine steigende Anzahl von Menschen in Oakland abhängig von einer riesigen, nicht anerkannten, informellen / illegalen Wirtschaft von Gütern, Diensten und Kriminalität. In anderen Worten ist es ihr Job, diese Wirtschaft einzudämmen, im Wesentlichen durch das Umverteilen der Hälfte des Stadthaushaltes in die Polizeibehörden (über 200 Millionen $ jährlich und über 58 Millionen $ für Entschädigungszahlungen der letzten 10 Jahre). Wenn die Politiker_innen der Stadt damit argumentieren, dass die Proteste die Arbeit von „Außenstehenden" seien, erklären sie damit auch, dass die Stadtregierung und die Polizeibehörden Oaklands die Stadt wahrhaftig repräsentieren.

Wir glauben nicht, dass eine Politik, welche in der Privilegientheorie verwurzelt ist und nach mehr ethnischer Vielfalt in fundamental rassistischen und patriarchalen Institutionen wie der Polizeibehörde ruft, die existierenden Machthierarchien herausfordern kann. Diese Form des repräsentativen Aktivismus gegen Unterdrückung ist nicht einmal im Entferntesten antikapitalistisch in ihren Analysen und Zielen.

Indem sich eine Anklage geliehen wurde, die schon gegen die Civil Rights-Bewegung und militante POC der 60er wie Stokely Carmichael22, H. Rap Brown23 und sogar Martin Luther King Jr. genutzt wurde und diese zu „außenstehenden Agitator_innen" machen wollte, wurde den Stadtbewohnenden gesagt, dass die Interessen aller „wahren Oaklander" die gleichen wären. Das einen Monat andauernde Occupy Oakland Camp wurde von der Oakland Chamber of Commerce und den Partner_innen der Stadtregierung für alles verantwortlich gemacht, von sich vertiefender städtischer Armut zum Versagen der firmengeleiteten Entwicklung, von den Ratten, welche schon immer den Platz heimgesucht haben zu den horrenden Kosten der Polizeibrutalität. Ein Camp, welches über eintausend Menschen jeden Tag seiner einmonatigen Existenz mit Essen versorgte und welches

einen Rückgang der Kriminalität in dem Gebiet um 19 % in der letzten Oktoberwoche beobachten konnte, wurde zum Sündenbock für die ganze Armut, Korruption und Polizeigewalt, zu deren Angriff es sich eigentlich gründete.



Phil Tagami, Immobilenmogul und einflussreichster Makler der Stadt patrolliert das Rotunda Building mit einer Shotgun am 2. November, Tag des Generalstreiks in Oakland.

Wenn den Pressemitteilungen der Stadt Glauben geschenkt wird, werden „wahre Oaklander" wahrhaftig repräsentiert von einer Polizeieinheit, welche verarmte Schwarze und Braune Bewohner_innen ermordet und täglich ins Gefängnis steckt (ungefähr 7 % der Polizist_innen Oaklands leben in der Stadt) sowie von einer Stadtregierung, welche Steuern firmenfreundlichen Entwicklungsabkommen zufließen lässt, wie bspw. die Rennovation des Fox Theater für 91 Millionen $ - 58 Millionen $ über den eigentlichen Haushalt hinaus – welche die Taschen von gut verknüpften Real Estate-Entwicklern wie Phil Tagami24 füttern. In einer kompletten Verdrehung von militanten antirassistischen politischen Bewegungen der 60er wird uns von diesen Politiker_innen und Expert_innen gesagt, dass militante, störende und konfrontative politische Aktionen, welche auf die städtische Bürokratie und

ihre Polizeieinheiten abzielen, nur ein Werk von weißen, mittelständigen und sonst wie privilegierten Jugendlichen sein könne.

b. Die Ausblendung von People of Color aus Occupy Oakland



Einige der „weißen anarchistischen Agitatoren von außerhalb" bei Occupy Oakland

Ein aktuelles Kommuniqué, welches die Occupy Bewegung kritisiert, stellt dar, dass „die Beteiligung von People of Color [in Occupy Oakland] nichts an der Tatsache ändert, dass diese Besetzungen von öffentlichem Raum weiße Vorherrschaft aufrechterhält. … Einige unserer eigenen Schwestern und Brüder haben unsere Kritik zum Schweigen gebracht, um an ihren Machtpositionen als Quoten-POC in der Bewegung festzuhalten." [3]

Das Kommuniqué argumentiert, dass People of Color plötzlich weiße Vorherrschaft „aufrechterhalten" können, da sie nicht die politische Analyse der Autor_innen teilen. People of Color, welche nicht die von dieser Gruppe entwickelte Politik teilen, werden als weiß, als Spitzel, Mitglieder von COINTELPRO25 oder Quoten-POC bezeichnet. Oft werden viele von uns

einfach ausgeblendet. Dies ist eine mächtige und zutiefst manipulative rhetorische Taktik, welche simplerweise darin versagt, irgendeinen von den Gründen substanziell anzugreifen, warum sich People of Color in Occupy Oakland beteiligten und setzt eine kritische Beteiligung mit der Unterstützung von Vergewaltigung, Rassismus, Sexismus, Homophobie und Gentrifizierung gleich. Es ist überflüssig zu betonen, dass die Autor_innen des oben zitierten Abschnittes nicht für uns sprechen.

People of Color, die nicht nur aktiv, sondern auch zentral für Occupy Oakland und seine verschiedenen Komitees waren, werden regelmäßig in kommunalen oder aktivistischen Darstellungen des Camps ausgeblendet. In den nachfolgenden Monaten wurde das Camp von Aktivist_innen denunziert – viele von ihnen arbeiten direkt mit dem Büro der Bürgermeisterin zusammen – und kritisierten es als einen Ort, der irreparabel Kompromisse mit rassistischen und geschlechtsbezogenen Privilegien eingegangen sei. Rassismus, Patriarchat, Homophobie und Transphobie wurden eindeutig bei Occupy Oakland sichtbar – so wie sie es in jedem Bereich des sozialen Lebens in Oakland sind. Keine von diesen Darstellungen hat auch nur damit begonnen zu untersuchen, wie die Attackierenden und die Attackierten von dieser Gewalt nicht zu einer einzigen Bevölkerungsgruppe in Bezug auf „Rasse“ gehören oder hat die aufkommenden Bestrebungen der Beteiligten, auf diese Gewalt zu antworten, nachvollzogen.

People of Color, Women und Trans*People of Color und weiße Frauen und Trans*personen, welche sehr stark in Occupy Oakland partizipierten, wurden regelmäßig als sowohl weiß als auch (cis-)männlich erklärt, wenn sie an einer Politik festhielten, die eine Konfrontation der Bewusstseinsweckung vorzieht. Auch innerhalb weißer Communities werden ähnliche politische Unstimmigkeiten häufig als Unterschiede zwischen Individuen mit „weißen Privilegien“ und „weißen Verbündeten“ wiedergegeben.

Es gibt ganz klar einen Bedarf darüber zu reflektieren, wie die Dynamiken der Camps schnell die Kapazitäten der Beteiligten, Dienste und Räume frei von sexueller Belästigung und Gewalt bereitzustellen, überforderte. Die Beteiligten von Occupy Oakland als primär weiße Männer zu beschreiben ist nicht nur politisch problematisch und de facto inkorrekt – es hält uns auch davon ab, in der Lage zu sein, ehrlich die sozialen Interaktionen, welche unter diesen Umständen entstanden, zu betrachten.



Mohamed Bouazizi, der tunesische Straßenverkäufer, dessen Suizid dem „Arabischen Frühling" zum Entflammen verhalf.

V.
Fazit

Dekolonisierung und nationale Befreiungskämpfe wiederherstellen oder Die Revolution ist radikal unsicher

Fast 50 Jahre nach dem dramatischen Ausbruch nationaler Befreiungskriege, welche um das Gebiet der einst sog. „Dritten Welt" geführt wurden, gibt es nur wenige politische Werkzeuge, um den aufkommenden lokalen und globalen Rassismus zwischen nicht-weißen Communities und der Verfolgung ethnischer Minderheiten in den ehemaligen Kolonien durch einheimische, nicht-weiße Eliten wirksam zu begegnen. In den USA hat dies zu einem ansteigenden anti-schwarzen, islamophoben und anti-migrantischen Rassismus innerhalb der „Communities of Color", sowie einer gesteigerten Klassenspaltung innerhalb nicht-weißer demografischer Kategorien geführt.

Nationale Eliten in dekolonisierten Staaten haben häufig auf idealisierte, ethnische Traditionen und Geschichten zurückgegriffen um sozialen Zusammenhalt, Hierarchien und Dominanz innerhalb diktatorischer Ein-Parteien-Staaten zu zementieren. Diese Rückgriffe auf einen autoritären Traditionalismus mobilisieren häufig Komponenten indigener Traditionen, welche Kasten oder kastenähnliche soziale Teilungen rechtfertigen. Ohne weiterhin die Kraft von Besatzungsarmeen zu benötigen, hat die formale Dekolonisierung in diesen neuen, „unabhängigen" Staaten, von Senegal bis Vietnam, den Weg zu neokolonialer Sparpolitik, struktureller Anpassung und Verschuldung geebnet, verhängt vom globalen Norden und verwaltet von jenen, welchen Frantz Fanon in „Die Verdammten dieser Erde" die einheimische „nationale Bourgeoisie" nannte.

Maia Ramnath beschreibt die real-existierende Geschichte der formalen Dekolonisierung wie folgt: „In dem Versuch, die Techniken kolonialer Herrschaft durch institutionalisierte Staaten zu ersetzen anstatt sie abzuschaffen, klaffte das nationalistische Ziel mit dem der substantiellen Dekolonisierung auseinander. Damit die Strukturen der Unterdrückung durch das koloniale Regime nicht einfach nur für das Business unter neuer lokaler Verwaltung neu eröffnet würden, eine neue Generation von autoritären Diktaturen und kulturellen Chauvinist_innen hervorbringend, wäre eine andere Logik antikolonialer Kämpfe zwingend erforderlich.

… [D]as Spektrum der Staatlichkeit – der Druck den eigenen zu etablieren oder der Aggression eines Staates eines Anderen zu widerstehen … ruft die Durchsetzung innerer Konformität, die Auslöschung von Elementen, welche darin scheitern oder es ablehnen, sich anzupassen und das unerbittliche Überwachen und Strafen von Grenzen hervor, inklusive solcher mit vererbter Mitgliedschaft, wofür die Kontrolle über weibliche Körper, Sexualität und Reproduktion essentiell ist."

Der Glauben, dass Communities of Color in den USA kohärente, abgegrenzte interne Kolonien oder „Nationen" repräsentieren, welche auf eine Selbstbestimmung hinarbeiten, wurde bis zur Zerreißgrenze von Klassenunterschieden innerhalb dieser Communities ausgedehnt. Um es klarzustellen: Wir glauben, dass Wohlstand nur begrenzten Schutz gegen zunehmenden Rassismus, Sexismus und Homophobie erkaufen kann. Wir ersehnen radikale Befreiungen, von dem, was Theoretiker_innen die „coloniality of power"26 genannt haben sowie von den Institutionen – die Grenzen, die Form der Nation, den Kirchen, den Gefängnissen, der Polizei

und dem Militär – welche anhaltend rassistische, vergeschlechtlichte, klassenspezifische und sexuelle Hierarchien auf globaler Ebene reproduzieren. Und doch glauben wir, dass der politische Inhalt der heutigen dekolonialen Kämpfe nicht im Voraus festgelegt werden kann.

Die Dekolonisierung in den USA des 21. Jahrhunderts wäre nicht wiederzuerkennen für jene Individuen, welche in der Vergangenheit unter dem Banner des antikolonialen Kampfes für Befreiung kämpften – eine Tradition welche Folgende mit einschließt: Toussaint L'Ouverture, Jean Jacques Dessalines, Lucy Parsons, Amilcar Cabral, Frantz Fanon, Malcolm X, Angela Davis, Robert F. Williams, Lorenzo Komboa Ervin, die Third World Women's Alliance, CONAIE, die indigenen Militanten aus Bolivien von 1990, die Militanten von Oaxaca 2006, die Mohawk People in der Gemeinde Oka, Tupac Katari, Chris Hani, Nelson Mandela (welcher den bewaffneten Flügel der ANC, Umkhonto we Sizwe, leitete), Emiliano Zapata, Juan "Cheno" Cortina, Jose Rizal, Bhagat Singh, Yuri Kochiyama, Kuwasi Balagoon, DRUM, Assata Shakur, und unzählige weitere.

Antikoloniale Kämpfe waren gewalttätig, störend und radikal unsicher für Individuen, welche für Selbstbestimmung kämpften und starben. Mensch kann nicht Pazifist_in sein und an die Dekolonisierung glauben. Mensch kann nicht entsetzt sein von einer brennenden US-Flagge und vorgeben, Dekolonisierung zu unterstützen. Und mensch kann nicht die Sicherheit jener garantieren, die sich der substantiellen Dekolonisierung weißer rassistischer Institutionen verpflichtet fühlen. Der Fakt, dass dekolonialer Kampf auf staatssanktionierte Rituale der kulturellen Affirmation reduziert wurde, sowie Appelle an weiße Radikale, aufzuhören die „Verletzlichen" zu gefährden, verdeutlicht das Ausmaß der Aneignung radikaler Bewegungen der Vergangenheit durch die heutige Privilegienpolitik und die Neuschaffung dieser nach eigenen Vorstellungen.

Uns wird gesagt, dass die Opfer von Unterdrückung politische Kämpfe gegen materielle dominante Strukturen anführen müssten, behauptet von jenen, welche sich allen Hilfsmitteln, mit denen die „Opfer" eigentlich diese Strukturen umstürzen könnten, entgegenstellen. Uns wird gesagt, dass Widerstand darin besteht, „die Wahrheit der Macht mitzuteilen"27, anstatt die Macht materiell anzugreifen. Uns wird von einem Aufgebot hoch trainierter „weißer Verbündeter" gesagt, dass die äußersten Dinge, die wir tun müssten, um uns selbst von Herrschaft zu befreien, nicht von uns durchgeführt werden könnten, da wir einfach zu verletzlich gegenüber

Staatsrepression seien. Bei Großdemonstrationen werden uns endlos leere Aufrufe zur Revolution und Militanz aus einer vergangen Ära vorgespielt, während wir in der Praxis gezwungen werden, unsere geistige Ohnmacht zu fetischisieren. Uns wird gesagt, dass es „privilegiert“ sei, zu versuchen sich praktisch in Gehaltskürzungen, Zwangsräumungen, Kündigungen von Lehrer_innen, verschwindenden Schulen, Hunger oder dem Verlust einer Krankenversicherung einzumischen.



In einem Land, wo der letzte Ausbruch von weit gestreuten politischen Unruhen fast vierzig Jahre zurückliegt, wo die Polizei in den Krieg zieht und dies „Stärke“ genannt wird. Wenn das „business as usual“ in irgendeiner Art und Weise unterbrochen wird, selbst nur durch Rufe, es als „gewalttätig“ bezeichnet wird. In dieser verkehrten Welt werden militante Proteste überall auf dem Globus als heroische Kämpfe für Freiheit charakterisiert, während in den USA SWAT-Teams28 damit beauftragt werden, Demonstrationen für reproduktive Rechte aufzulösen. Wie ein Brief von „Gefährt_innen in Kairo“ vom 24. Oktober 2011, veröffenlicht in The Guardian, es darstellt: „Bei unseren eigenen Besetzungen in Tahrir, trafen wir jeden Tag Menschen in Tränen, denn es war das erste Mal, dass sie durch diese Straßen liefen, ohne von der Polizei belästigt zu werden; es sind nicht nur die Ideen, die wichtig sind, diese Orte sind grundlegend für die Möglichkeit einer neuen

Welt. Dies sind öffentliche Orte. Orte sich zu versammeln, für Freizeit, sich treffen und handeln – diese Orte sollten der Grund dafür sein, in der Stadt zu leben. Wo der Staat und die Interessen der Besitzenden diese unzugänglich machten, ist es an uns, dafür zu sorgen, dass sie sicher, Andere einbeziehend und gerecht sind. Wir müssen daran festhalten, sie zu öffnen für all jene, die eine bessere Welt schaffen wollen, besonders für die Marginalisierten, die Ausgeschlossenen und solche Gruppen, die am Meisten litten.

[…]

Jene, die behaupten die ägyptische Revolution sei friedlich, haben weder die Schrecken, die die Polizei über uns hat kommen lassen, noch den Widerstand und die Stärke gesehen, die Revolutionär_innen nutzten, um ihre provisorischen Besetzungen und Orte gegen die Polizei zu verteidigen: selbst mit dem Zugeständnis der Regierung wurden 99 Polizeistationen dem Feuer übergeben, tausende Polizeiautos wurden zerstört und all die Büros der herrschenden Parteien wurden überall in Ägypten niedergebrannt. Barrikaden wurden errichtet, Polizisten wurden zurückgeschlagen und noch mit Steinen beschmissen, als sie mit Tränengas und scharfer Munition nach uns schossen. Doch am Ende des Tages vom 28. Januar zogen sie sich zurück und wir gewannen unsere Städte.

Es ist nicht unser Verlangen, sich an Gewalt zu beteiligen, doch es ist noch weniger unser Verlangen, zu verlieren. Wenn wir uns nicht wehren, aktiv, wenn sie kommen um uns zu nehmen, was wir uns zurückgewonnen haben, dann werden wir gewiss verlieren. Verwechselt nicht die Taktiken, die wir nutzten als wir „friedlich" riefen mit einer Fetischisierung der Gewaltlosigkeit. Wenn der Staat sofort aufgegeben hätte, wären wir überglücklich gewesen, doch wie sie anstrebten uns zu missbrauchen, zu schlagen, zu töten, wussten wir, dass es keine andere Option gibt, als zurückzuschlagen. Hätten wir uns niedergelegt und es zugelassen, dass man uns festnimmt, foltert und zu Märtyrern macht, um „ein Argument anzubringen", wären wir nicht weniger mit Blut befleckt, zusammengeschlagen und tot. Seid bereit, zu verteidigen was ihr besetzt habt, was ihr geschaffen habt, denn nachdem uns alles genommen wurde, sind diese Räume sehr kostbar." [5]

Quellenverweise

[1] www2.oaklandnet.com/oakca/groups/cityadministrator/documents/pressrelease/oak033073.pdf

[2] http://reynosoreport.ucdavis.edu/reynoso-report.pdf, pages 27- 28.

[3] http://disoccupy.wordpress.com/2012/04/24/for-people-who-have-considered- occupation-but-found-it-is-not-enuf/%5D

[5] http://www.publicintegrity.org/investigations/campus_assault/articles/entry/1945/

“ Anti-Diskriminierung, Bürgerrechte und Dekolonisierungskämpfe zeigen deutlich, dass wenn Widerstand auch nur geringfügig effektiv ist, die Kämpfenden in Gefahr sind. Die Wahl liegt nicht zwischen Gefahr und Sicherheit, sondern zwischen den ungewissen Gefahren der Revolte und der Gewissheit des Fortsetzens der Gewalt, der Beraubung und des Todes.